

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

der uns vorliegende Haushaltsentwurf für 2017 schließt mit einem positiven Ergebnis von etwa einer halben Million Euro ab. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Einnahmen der Gemeinde um ca. 7,5 Prozent, die Ausgaben um 2,4 Prozent. Wir machen keine neuen Schulden und bauen können einen Teil unserer Schulden abbauen.

Über das, was hinter diesen Zahlen steht, gibt es aus Sicht meiner Fraktion in diesem Jahr nicht viel zu meckern. Wichtige Themen für uns GRÜNE, wie

- Schaffung von Wohnraum mit hoffentlich bezahlbaren Mieten
- Fortsetzung der Maßnahmen zur Beseitigung von Barrieren in Kriftel
- Weiterarbeit am Klimaschutz beim Thema Nahmobilität
- Bereitstellung von bedarfsgerechten Kitaplätzen
- und etwas Luft für andere Annehmlichkeiten

sind in diesem Haushalt enthalten.

Kriftel ist in der glücklichen Lage, einen Gestaltungsspielraum zu haben. Wir können 2 Millionen Euro investieren, um Vorhaben umzusetzen oder anzuschieben. Davon werden

- wichtige Planungsvorhaben vorangebracht, wie u. a. Kitas, Wohnbebauung
- Straßen erneuert und Gehwege gebaut bzw. saniert.
- Der SV07 bekommt einen Kunstrasenplatz, sofern das Land die Pläne nicht durchkreuzt,
- Maßnahmen zur Barrierefreiheit werden weiter umgesetzt,
- die Umgestaltung des Friedhofs wird fortgesetzt,
- es werden Grundstücke erworben und
- die Umsetzung der ein oder anderen Maßnahme, die das Leben in unserer Gemeinde attraktiver macht, wird geprüft.

All das können wir tun und darüber hinaus auch einen kleinen Teil unserer Schulden abbauen, die nach Aufarbeitung der vorangegangenen Jahre nicht ganz so dramatisch ausfallen, wie ursprünglich angenommen. Aber 8,3 Millionen sind auch nicht wenig. Im Gegensatz zur FDP fürchten wir GRÜNE uns aber nicht vor Schulden. Wenn sie im Rahmen bleiben, dann können sie durchaus ein Mittel sein, um notwendige Vorhaben zeitnah umsetzen zu können. Allerdings muss die Rückzahlung im Blick behalten werden, damit wir die Tilgung nicht nachfolgenden Generationen überlassen müssen.

Viele hessische Kommunen können von solchen Verhältnissen nur träumen. Sie haben nicht genug Geld, um die Grundversorgung ihrer Bürger aus den Einnahmen zu decken, geschweige denn Annehmlichkeiten bereit zu stellen, die für das Zusammenleben und die Gemeinschaft auch ganz wichtig sind. Ich meine damit die **freiwilligen Leistungen**, die unser Haushalt in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro beinhaltet. Hinzu kommt der Verlustausgleich für unser Parkbad in Höhe von 550.000 Euro. All diese Leistungen sorgen dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Kriftel wohlfühlen und neue BürgerInnen sich hier ansiedeln. In anderen hessischen Kommunen sind zum Teil keine Wohlfühlfaktoren mehr vorhanden und die Leute ziehen weg. Es muss unser Interesse sein, dass diese Entwicklung gebremst wird und unter den Kommunen geholfen wird, so wie es der Kommunale Finanzausgleich vorsieht.

Unser **Solidaritätsbeitrag** im Jahr 2017 ist mit rund 314.000 Euro ein erträglicher Beitrag, um notleidende Kommunen zu unterstützen. Völlig unverständlich ist uns die Haltung der SPD, die sich aus einem merkwürdigen Solidaritätsverständnis heraus, an der Klage von einigen reichen Main-Taunus-Kommunen gegen den KFA mit geschätzten 10.000 Euro beteiligen wollte, obwohl dies zu keiner Verbesserung von deren Position geführt hätte. Wir finden es richtiger, uns mit den notleidenden Kommunen zu solidarisieren, denn die Verteilungsmechanismen des KFA sind, soweit wir das beurteilen können, einigermaßen gerecht ausgelegt. Eschborn beispielsweise zieht mit seinen Dumping-Hebesätzen Gewerbe aus der Region ab und profitiert von seiner Randlage zu Frankfurt. Es ist mehr als gerecht, dass es einen erklecklichen Anteil in den Kommunalen Finanzausgleich zahlt.

Dass Kriftel in diesem Verfahren als **Unterzentrum** eingestuft wird, finden auch wir GRÜNEN nicht richtig und wollen es unterstützen, dass Kommunen im Ballungsraum einheitlich bewertet werden, da sie zu dicht beieinanderliegen, um unterschiedlich eingestuft zu werden. Diese Einstufung hat zwar Konsequenzen im Kommunalen Finanzausgleich, ist aber eine Sache der Regionalplanung. Hier müssen wir ansetzen, um Änderungen zu erreichen. Darum haben wir mit unserem Antrag zum letzten Haushalt gebeten, der noch in Bearbeitung ist.

Zum Haushalt wurden 12 Anträge von den Fraktionen eingereicht. Sie wurden in den Ausschüssen beraten und überwiegend positiv aufgenommen. Wir freuen uns, dass unsere Anträge alle angenommen wurden.

Der **Beitritt zur Arbeitsgruppe Nahmobilität** ist wichtig, damit möglichst alle Kommunen des Main-Taunus-Kreises gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Der Main-Taunus-Kreis hat die Stelle eines Nahmobilitätsbeauftragten neu geschaffen und wird koordinierend tätig. Nahmobilität zu stärken, ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Ob zu Fuß, mit Bus, Bahn oder mit dem Fahrrad – alles sollte möglichst komfortabel aufeinander abgestimmt sein. Ziel ist es, den Autoverkehr zu reduzieren und den Umstieg auf andere Fortbewegungsmittel attraktiv zu machen.

Auch unser Antrag, dass bei Großveranstaltungen, wie z. B. dem Lindenblütenfest, die Bereitstellung einer **barrierefrei zugänglichen Toilette** obligatorisch wird, wurde angenommen. Schritt für Schritt werden weitere Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt, wie auch der Umbau der Bushaltestellen oder der Toilettenanlage am Bahnhof. Das freut uns sehr. Da sind wir nicht zuletzt durch das Bündnis Barrierefreies Kriftel ein gutes Stück vorangekommen. Wir danken den Mitgliedern des Bündnisses für ihre engagierte Arbeit.

Die Prüfung auf **Einrichtung eines Fitnessparcours** wurde mit Gegenstimmen der FDP ebenfalls angenommen. Ein solcher Parcours könnte nicht nur für gesundheitsbewusste Bürgerinnen und Bürger und Sportvereine ein zusätzliches Angebot sein, sondern könnte auch unter touristischen Aspekten beworben werden, z. B. in der Karte der Regionalparkroute. Nach unserer Einschätzung dürfte sich das mit relativ geringen Kosten realisieren lassen.

Die Anträge der CDU auf **Einführung eines Ehrenamtstages** und **Beschleunigung der Gehwegsanierung** haben wir unterstützt.

Dass die FDP unseren Antrag aus dem Jahr 2012 aufgegriffen hat und fordert, dass wir uns mit den **Kenn- und Messzahlen für unsere Produkte** beschäftigen, freut uns sehr. Der Antrag wurde

geändert und eine Arbeitsgruppe wird sich bis zum Sommer 2017 treffen, um darüber zu beraten. Diesen Antrag haben wir gerne unterstützt.

Der Antrag der FDP auf **Entlastung der Obstlandwirte bei den Wasserkosten** wurde zurückgezogen, weil es rechtlich nicht möglich ist, eine Nutzergruppe zu Lasten der anderen Nutzer zu bevorteilen. Wassergebühren müssen kostendeckend kalkuliert werden. Ein anderer Antrag der FDP auf **Verlegung von Leerrohren** beim Straßenbau wurde für erledigt erklärt.

Den Antrag der FDP auf Senkung der **Obergrenze für Kassenkredite** haben wir nicht unterstützt, obwohl wir Jahre zuvor bereits einen solchen Antrag gestellt. Wir haben uns zwischenzeitlich eines Besseren belehren lassen und unterstützen jetzt den Spielraum, den die Gemeinde durch die Kassenkredite hat, zumal zur Zeit keine nennenswerten Zinsen dafür anfallen. Der Rahmen wurde im letzten Jahr von 14 auf 10 Millionen gesenkt und wir denken, dass die Verwaltung die bedarfsgerechte Höhe im Blick behält und dieses Instrument verantwortlich handhabt.

Der Antrag der SPD auf **Umstellung des Verfahrens zur Umlegung von Straßenerschließungskosten** hat uns grundsätzlich gut gefallen. Wir hatten dies in unserer Haushaltsklausur ebenfalls diskutiert, haben dann aber keinen Antrag gestellt, weil uns zu viel unklar war. Andere Kommunen haben mit einem solidarischen Verfahren, das die Erschließungskosten eines Haushaltsjahres auf alle BürgerInnen umlegt, gute Erfahrungen gemacht. Wir haben - sehr zum Verdruss der SPD - dazu einen Änderungsantrag gestellt. Die Auswirkungen einer Umstellung sollten zunächst geprüft werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Der Änderungsantrag von uns wurde leicht modifiziert angenommen und wir werden im nächsten Jahr dazu einen Beitragsexperten hören, der uns das Verfahren mit Vor- und Nachteilen erläutern kann.

Den Antrag der SPD zur **Fortsetzung der Arbeiten für ein barrierefreies Rathaus** haben wir ebenfalls unterstützt, nachdem der finanzielle Rahmen dafür eingegrenzt wurde.

Ein weiterer Antrag der SPD zum **Verfahren der Bebauungsplanung des Grundstücks am Platz von Airaines** entsprach unserem GRÜNEN Antrag vom 8. Januar 2016 und wurde zurückgezogen. Dazu werden wir Anfang des nächsten Jahres mehr hören.

Wie ich eingangs bereits erwähnt habe, haben wir GRÜNE an diesem Haushalt in allen seinen Teilen nichts auszusetzen und sehen daher auch keinen Grund, ihn abzulehnen.

Zum Schluss danken wir der Verwaltung für die transparente Aufbereitung dieses Haushalts und die Erläuterungen dazu. Es ist für ehrenamtlich tätige PolitikerInnen, die aus völlig unterschiedlichen Berufsfeldern kommen, nicht immer leicht, sich hier einzuarbeiten. Wir danken auch den Gemeindevertreterinnen und -vertretern für die wertschätzende Beratung unserer Anträge.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

*Änderungen/Ergänzungen vorbehalten
es gilt das gesprochene Wort*